

## INSTITUT FÜR BEVÖLKERUNGSFORSCHUNG UND SOZIALPOLITIK

Das Institut für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik (IBS) wurde auf Initiative der Landesregierung Nordrhein-Westfalen und auf Grund entsprechender Beschlüsse des akademischen Senats 1980 als eine fakultätsübergreifende Zentrale wissenschaftliche Einrichtung der Universität Bielefeld gegründet. Vor dem Hintergrund der rückläufigen Bevölkerungsentwicklung in NRW hatte die CDU 1979 im Landtag eine große Anfrage zur Bevölkerungsentwicklung eingebracht, bei deren Beantwortung Ministerpräsident Johannes Rau ankündigte: »Wir werden hier in NRW ein Institut für Bevölkerungspolitik errichten (gemeint war *Bevölkerungsforschung*, nicht *Bevölkerungspolitik*, d.V) und damit das erste Bundesland sein, das eine solche Maßnahme ergreift.« Das Bielefelder Institut ist auch nach der Wiedervereinigung das einzige universitäre Forschungsinstitut auf dem Gebiet der Bevölkerungswissenschaft und Sozialpolitik in ganz Deutschland. Auch Lehrstühle für Bevölkerungswissenschaft gibt es außerhalb Bielefelds sonst nur noch an zwei Universitäten, und zwar an der Humboldt-Universität zu Berlin und an der Universität Bamberg.

Wegen der vielfältigen Querbezüge der Bevölkerungsforschung zu zahlreichen anderen Disziplinen, insbesondere zur Sozialpolitik, Soziologie, Volkswirtschaftslehre, Geschichtswissenschaft, Statistik u.a.m., wurde das Institut nicht einer einzelnen Fakultät zugeordnet, sondern als eine fakultätsübergreifende Zentrale wissenschaftliche Einrichtung der Universität Bielefeld errichtet. Zu seinen Aufgaben gehört vor allem die Erforschung der Bedingungen und Motive demographisch bedeutsamer Verhaltensweisen, der wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Bevölkerungsentwicklung und der Zusammenhänge zwischen Bevölkerungsentwicklung, individueller Wohlfahrt und spezifischen Politikbereichen. Das IBS ist in zwei Arbeitsbereiche gegliedert: »Bevölkerung und Wirtschaft« sowie »Sozialpolitik und Familie«. Im Anschluß an die Entscheidung des Senats der Universität, eine Fakultät für Gesundheitswissenschaften zu gründen, wurde der Arbeitsbereich »Sozialpolitik und Familie« im Frühjahr 1994 durch Mitglieder dieser neuen Fakultät erweitert.

### Erkenntnisleitende Probleme der Grundlagenforschung

Nach der Theorie der demographischen Transformation durchlaufen alle Länder im Verlauf ihres Entwicklungsprozesses eine Übergangsphase von einem

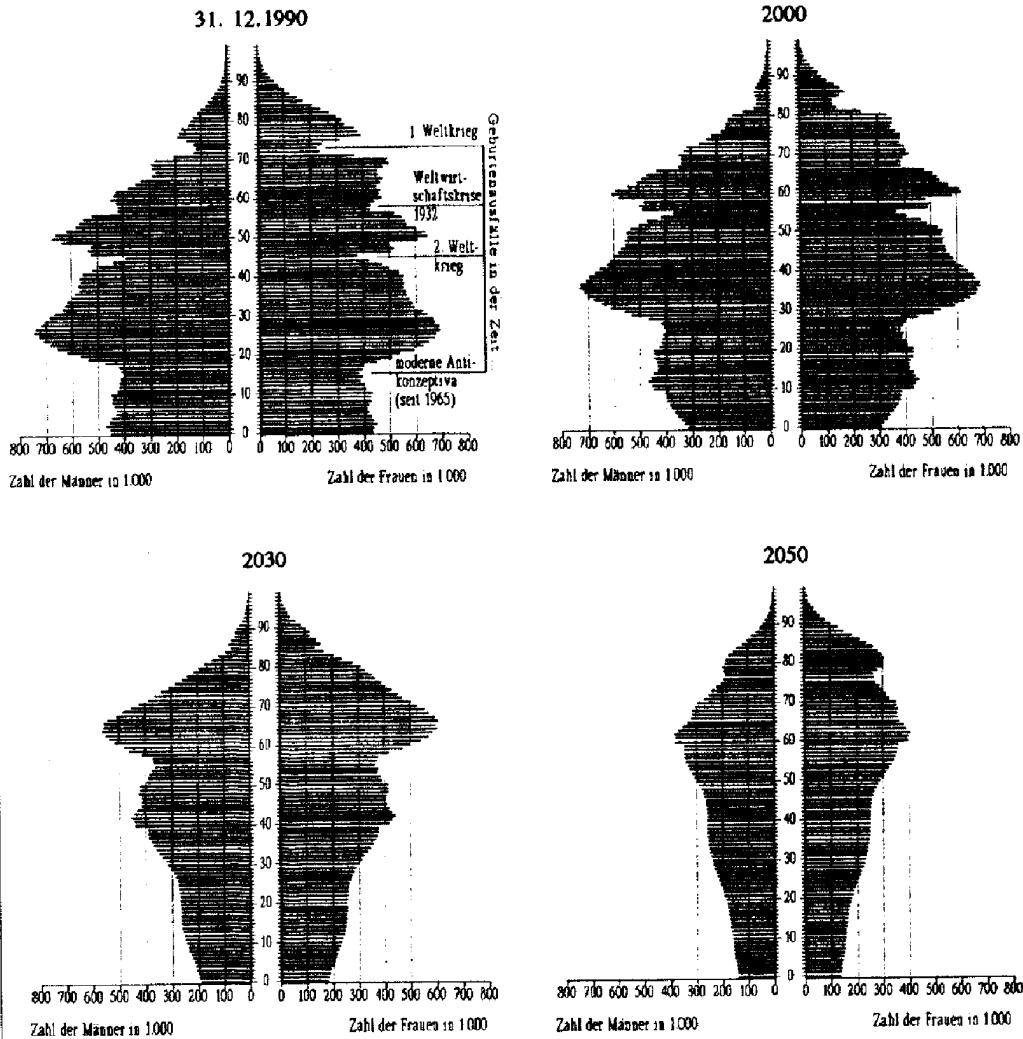
vorindustriellen demographischen Gleichgewicht, das durch eine hohe Geburtenrate und eine hohe Sterberate gekennzeichnet ist, zu einem industriellen Gleichgewicht mit niedriger Geburtenrate und niedriger Sterberate. Dabei geht der Rückgang der Sterberate dem Rückgang der Geburtenrate voraus, so daß sich die natürliche Wachstumsrate der Bevölkerung – die Differenz zwischen Geburtenrate und Sterberate – in der Phase des Übergangs vorübergehend erhöht. Die entscheidende Voraussage der historisch-deskriptiven Transformationstheorie, derzufolge die natürliche Wachstumsrate nach Durchlaufen der Übergangsphase im neuen Gleichgewicht zwar niedrig, aber nicht negativ sein werde, ist durch die tatsächliche Entwicklung widerlegt worden: In den meisten Industrieländern fiel die Geburtenrate unter die Sterberate, so daß die Bevölkerung ohne permanente Einwanderungen aus dem Ausland schrumpft. In der Bundesrepublik begann die Phase der Bevölkerungsschrumpfung 1974. Seither sinkt die Bevölkerung in jedem Jahr, wenn das wachsende Geburtendefizit nicht durch Einwanderungen ausgeglichen wird.

Die Bedeutung dieses Befundes wurde zunächst allgemein verkannt. Ein dauerhaftes Unterschreiten des für die Konstanz der Bevölkerung erforderlichen Mindestniveaus der Geburtenrate (Nettoreproduktionsrate = 1,0) mit der Konsequenz einer langfristigen Bevölkerungsschrumpfung galt bisher nach der Transformationstheorie als unmöglich. Die Erkenntnis, daß die Bevölkerungsschrumpfung (ohne Einwanderungen) für hochentwickelte Länder der Normalfall und nicht eine vorübergehende Ausnahmeerscheinung ist, traf und trifft immer noch auf psychologische Barrieren. Dies ist verständlich, zumal ein Schrumpfungsprozess nach einer gewissen Zeit sich selbst verstärkt und eine Eigendynamik gewinnt, durch die eine Rückkehr zum Gleichgewicht bzw. zur Konstanz der Bevölkerung immer unwahrscheinlicher wird. Ein Ausgleich des Geburtendefizits erfordert dann immer größere Einwanderungen, so daß die Bevölkerung mit deutscher Staatsangehörigkeit in wenigen Jahrzehnten gegenüber der zugewanderten Bevölkerung in die Minderheit gerät.

Nach der Bevölkerungsprognose des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik für NRW wird der bei Fortdauer des heutigen Staatsangehörigkeitsrechts zu erwartende sogenannte Ausländeranteil in der Altersgruppe 20 bis unter 40 Jahre sogar schon im Jahr 2010 in folgenden Städten und Regionen auf über 40% steigen: Duisburg (45,9%), Remscheid (44,7%), Köln (42,9%), Gelsenkirchen (42,0%), Düsseldorf (41,6%), Oberbergischer Kreis (41,2%), Wuppertal (40,9%) usw. Im Auftrag der Bundestagsenquete-Kommissionen »Demographischer Wandel« und »Schutz der Erdatmosphäre« hat das IBS Bevölkerungsprojektionen für die alten und neuen Bundesländer durchgeführt. Eines der Ergebnisse informiert über die Schrumpfung der Bevölkerung, die sich unter der (fiktiven) Annahme ergäbe, daß keine Wanderungen stattfänden (Schrumpfung von 1992 bis 2050 von 80,3 Millionen auf 48,0 Millionen, siehe hierzu Schaubild 1). Zum Ausgleich der Schrumpfung sind künftig immer höhere Wanderungssalden bis über 500.000 Personen pro Jahr erforderlich.

Schaubild 1

Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland,  
ohne Wanderungen gegenüber dem Ausland



Annahme: Fertilität und Mortalität des Basisjahres 1990 konstant.

**Hinweis:** Die Einschnürung im Alter 10 (Jahr 2000), im Alter 40 (Jahr 2030) bzw. im Alter 60 (Jahr 2050) beruht auf dem starken Geburtenrückgang zwischen 1989 und 1991 in den neuen Bundesländern.

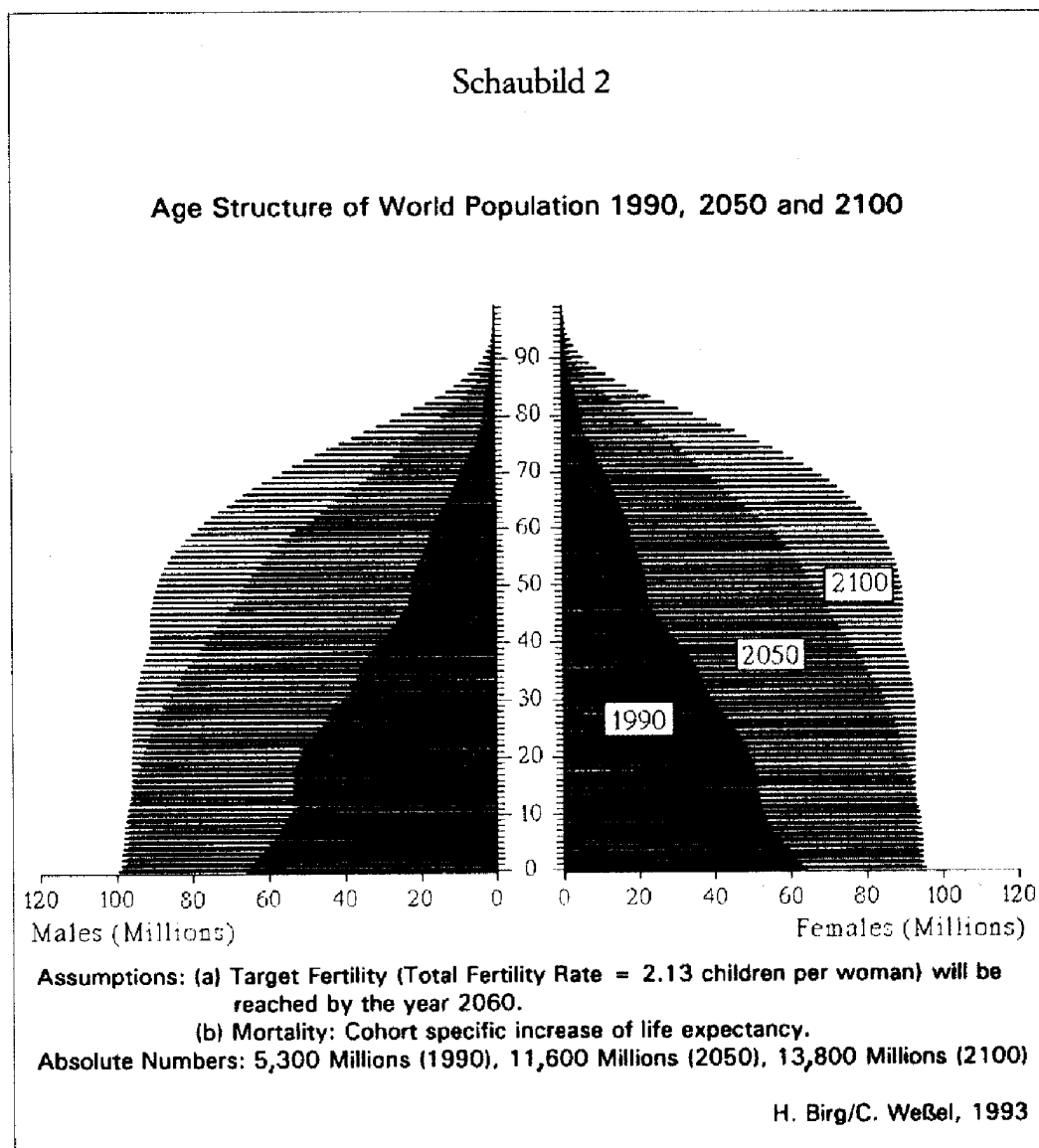
Birg, 1992

Die zentrale bevölkerungswissenschaftliche Forschungsfrage am Lehrstuhl für Bevölkerungswissenschaft (Arbeitsbereich »Bevölkerung und Wirtschaft«) galt der Entwicklung einer Theorie, mit der sich der langfristige Rückgang der Geburtenrate erklären läßt, um auf dieser Basis zuverlässige Prognosen über die demographische Zukunft der Industrie- und Entwicklungsländer abzuleiten. Parallel hierzu wurden im Arbeitsbereich »Sozialpolitik und Familie« Forschungsprojekte mit dem Ziel durchgeführt, die aktuellen Wandlungen der familialen Lebensformen zu erklären sowie den Sinn und das Ergebnis sozialpolitischer Einflußnahme auf die Familie zu bestimmen.

Aus den in mehreren Forschungsprojekten auf Mikro- und Makro-Ebene durchgeführten theoretischen und empirischen Untersuchungen der Ursachen des Fertilitätsrückgangs in hochentwickelten Ländern entstand die biographische Theorie der Fertilität. Das Hauptergebnis dieser Theorie ist, daß die Bevölkerungsschrumpfung (ohne Wanderungen) in den Industrieländern ein entwicklungsimmanentes, durch eine staatliche Geburtenförderungs- bzw. Familienpolitik kaum aufhaltbares, strukturell bedingtes Phänomen ist, das sich auf der individuellen Ebene aus der Zunahme der Risiken langfristiger biographischer Festlegungen im Lebenslauf ergibt, wobei die makroökonomischen und makrosozialen Rahmenbedingungen der biographischen Entwicklungsverläufe in systematischer Weise mit biographischen Grundentscheidungen zum Nachteil der Familie verknüpft sind.

Ergebnisse aus dem Arbeitsbereich »Sozialpolitik und Familie« sind aus einem international angelegten Forschungsschwerpunkt zur Analyse der Abhängigkeit des Wandels der familialen Lebensformen von den sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen der Familien unter Einschluß der Wirkungen der staatlichen Politikbereiche in verschiedenen Ländern Europas zu erwarten. Die international vergleichende Wirkungsforschung nationalstaatlicher Sozial- und Familienpolitiken gewinnt besondere politische Relevanz vor dem Hintergrund der anstehenden »Vereinheitlichung der Lebensverhältnisse« in der Europäischen Gemeinschaft als »europäische Sozialunion.«

Die Ergebnisse der Grundlagenforschung sind von unmittelbarer Bedeutung für die Erstellung von Bevölkerungsprognosen, -simulationsrechnungen und -projektionen als unentbehrliche Grundlagen für die verschiedensten Bereiche der gesellschaftlichen Planung. So führt das IBS in regelmäßigen Abständen Bevölkerungsvorausberechnungen für die Bundesrepublik Deutschland und für die alten und neuen Bundesländer durch. Die Bevölkerungsprognosen auf der Ebene von Kommunen, Regionen und einzelnen Bundesländern dienen zur Analyse der Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf die Sozial- und Infrastrukturpolitik und auf zahlreiche andere Politikbereiche wie die Bildungspolitik, Arbeitsmarktpolitik, Wohnungspolitik, Regional- und Landesentwicklungspolitik u.a.m. Die im Auftrag der »Deutschen Stiftung Weltbevölkerung« durchgeführten Weltbevölkerungsprojektionen verfolgen das Ziel, die Wahrscheinlichkeit des Eintreffens der auf relativ optimistischen Annahmen beruhenden Weltbevölkerungsprojektionen der Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen und der Weltbank



zu analysieren, zu bewerten und durch eigene Bevölkerungsprojektionen zu ergänzen. Das Ergebnis der mittleren Variante der Weltbevölkerungsprojektionen des IBS ist in Schaubild 2 dargestellt.

Auftragsforschung, Lehre, Beratungstätigkeit und Öffentlichkeitsarbeit

Im Auftrag der beiden Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages »Demographischer Wandel« sowie »Schutz der Erdatmosphäre« und im Auftrag verschiedener Bundes- und Landesministerien, Akademien, Verbände und Stiftungen führte und führt das IBS im Rahmen der Politikberatung Be-

völkerungsprognosen und zahlreiche Forschungsprojekte u. a. auf den Gebieten der Fertilitäts- und Migrationsforschung, der Sozialpolitikforschung und der Methodenentwicklung durch. Die Beratungskapazität wird z. B. von der »Deutschen Stiftung Weltbevölkerung«, der »Deutschen Welthungerhilfe«, von der evangelischen und der katholischen Kirche, von verschiedenen Akademien und Einrichtungen der Erwachsenenbildung, von Rundfunk- und Fernsehanstalten und anderen Organisationen wahrgenommen. Durch die Mitarbeit des IBS im »Nationalen Komitee für Fragen der Bevölkerung und Entwicklung« war das IBS an der Vorbereitung der »International Conference on Population and Development«, ICPD (»Weltbevölkerungskonferenz«), beteiligt, die 1994 in Kairo stattgefunden hat.

Während das Institut vorwiegend Forschungsaufgaben wahrnimmt, wird die von seinen Professoren und wissenschaftlichen Mitarbeitern durchgeführte Lehrtätigkeit über die Fakultäten angeboten. »Bevölkerungswissenschaft« ist als regelmäßig angebotenes Wahlfach bzw. Wahlpflichtfach in die Diplomstudiengänge der Fakultäten für Soziologie bzw. für Wirtschaftswissenschaften integriert, darüber hinaus in das Graduiertenkolleg »Sozialanthropologie«. Die Lehrtätigkeit der Institutsmitglieder erstreckt sich ferner auf die Gebiete »Sozialpolitik«, »Familiensozologie«, »Raum- und Regionalforschung« und »Allgemeine Soziologie«, seit 1994 zusätzlich auf das Gebiet der Gesundheitswissenschaften.

Zur Verbesserung des allgemeinen Wissens- und Informationsstandes trägt das IBS durch Tagungen und Kongresse, durch Publikationen und durch Aktivitäten im Bereich der Erwachsenenbildung bei, z. B. durch die Konzipierung und Leitung des Funkkollegs »Humanökologie – Weltbevölkerung, Umwelt, Ernährung«, durch die Mitarbeit im Funkkolleg »Anthropologie«, durch Öffentlichkeitsarbeit in Zusammenarbeit mit »terre des hommes«, UNICEF, verschiedenen Akademien und anderen Trägern.

Die Forschungsergebnisse des IBS werden in einschlägigen Fachzeitschriften und Büchern veröffentlicht. Darüber hinaus gibt das IBS zwei eigene Schriftenreihen heraus. Die Reihe 1 (»Forschungsberichte des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik«, bisher 20 Bände) erscheint im Campus Verlag (Frankfurt / New York), die Reihe 2 (»Materialien des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik«, bisher 34 Bände) wird vom IBS verlegt. Informationen über die Institutsarbeit bieten die in zweijährigem Turnus erscheinenden Tätigkeitsberichte des IBS.

Herwig Birg